Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9677**

17. Wahlperiode 18. 05. 2012

Fragen

für die Fragestunde der 180. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 23. Mai 2012

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei den Verhandlungen über das Gesetzespaket zur Umsetzung von Basel III die besondere Struktur der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen, die sich vorwiegend aus kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zusammensetzt, die in höherem Maße von Bankkrediten abhängig sind und durch die Einführung der neuen Eigenkapitalquoten überproportional belastet werden, und wird sie sich dementsprechend für die Einführung einer speziellen Mittelstandsklausel (KMU-Unterstützungsfaktor) – z. B. durch die Senkung des Risikogewichts bei Mittelstandskrediten – dafür einsetzen, die Belastung des Mittelstandes zu kompensieren?

2. Abgeordneter **Manfred Zöllmer** (SPD)

Will die Bundesregierung bei der im Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der deutschen Finanzaufsicht geplanten Reform des Verwaltungsrates bleiben, wonach die derzeit zehn Repräsentanten der Banken, Versicherer und Fondsgesellschaften nicht mehr im 21-köpfigen Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vertreten sein sollen, nachdem es hierzu heftige Kritik aus der gesamten Finanzbranche gibt?

3. Abgeordneter **Manfred Zöllmer** (SPD)

Wie haben sich die Vertreter der Bundesregierung im Aufsichtsrat der Commerzbank AG bzw. die von der Bundesregierung hierfür genutzten Vertreter der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft und der frühere Bundesbank-Vorstand M. verhalten, als es aktuell um die Frage der Erhöhung der Bezüge des Managements der Commerzbank AG und die ebenfalls geplante Zahlung von darüber hinausgehenden Boni ging?

4. Abgeordneter **Dr. Carsten Sieling** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den vom Aufsichtsrat der Commerzbank AG beschlossenen Gehaltserhöhungen für den Vorstand der Commerzbank AG, und wie wurde die Bundesregierung über entsprechende Pläne des Aufsichtsrates informiert und beteiligt?

5. Abgeordneter **Dr. Carsten Sieling** (SPD)

Wird sich die Bundesregierung auf dem EU-Sondergipfel am 23. Mai 2012 für die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer einsetzen, und mit welchen inhaltlichen Vorstellungen geht die Bundesregierung an die Arbeiten der informellen Arbeitsgruppe, die bis Sommer 2012 einen Alternativansatz zur stufenweisen Einführung der Finanztransaktionssteuer erarbeiten soll?

6. Abgeordneter **Bernd Scheelen** (SPD)

Wird die Bundesregierung – wie von der Wirtschaft dringend gefordert – die zur Jahresmitte 2012 auslaufende Übergangsregelung zur Gelangensbestätigung für innergemeinschaftliche Lieferungen nach § 17a der Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung bis zum Jahresende 2012 verlängern, und falls nein, warum nicht?

7. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass die Gewährung des vorläufigen Rechtschutzes hinsichtlich der Anwendung des Splittingtarifs bei Steuerpflichtigen einer eingetragenen Lebenspartnerschaft bundeseinheitlich zu gewähren ist, da ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Einkommensteuerbescheiden nach § 69 Absatz 2 Satz 2 der Finanzgerichtsordnung bestehen, in denen die Anwendung des Splittingtarifs abgelehnt wird – so wie es auch der Bundesfinanzhof in seinem Beschluss vom 5. März 2012 (III B 6/12) entschieden hat (siehe www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Rechtsprechung5/BFH120305.pdf) –, und stimmt die Bundesregierung damit überein, dass es vor diesem Hintergrund geboten ist, zum Zweck einer bundeseinheitlichen Anwendung des Einkommensteuergesetzes eine Verwaltungsanweisung herauszugeben?

8. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Welche konkreten Tatbestände müssen nach dem im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommen mit der Schweiz nach der Definition in Artikel 2 Buchstabe h (Alternative nutzungsberechtigte Person) vorliegen, damit auch Steuerverkürzungen von natürlichen Personen über Trusts und Stiftungen erfasst werden können, und in welchen Fällen greift bei der Anlage über einen Trust oder eine Stiftung die Ausweitung des persönlichen Anwendungskreises nach Artikel 2 Buchstabe h nicht?

9. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)

Welcher früheste Stichtag nach dem im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommen mit der Schweiz kann vor dem derzeit geplanten 1. Januar 2013 als relevanter Stichtag für die Bemessungsgrundlage der Einmalzahlung herangezogen werden, und auf welches Datum fällt der Tag der politischen Einigkeit hinsichtlich offener Steuerfragen mit der Schweiz?

10. Abgeordneter **Richard Pitterle** (DIE LINKE.)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, dass nach dem im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommen mit der Schweiz durch eine Schenkung von Vermögenswerten vor dem 1. Januar 2013 der Zuwendungsgeber sich der Nachversteuerung entziehen kann und somit im Ergebnis keine Möglichkeit für die deutschen Behörden besteht, entsprechende Vermögenswerte einer Nachversteuerung zu unterwerfen, und nach welchen Rechtsgrundlagen definiert sich die Ansässigkeit einer natürlichen Person gemäß Artikel 2 Buchstabe h des Schweizer Steuerabkommens?

11. Abgeordneter **Richard Pitterle** (DIE LINKE.)

Wie können nach Artikel 7 Absatz 6 des im September 2011 unterzeichneten und im April 2012 ergänzten Steuerabkommens mit der Schweiz Vermögenswerte identifiziert werden, die indirekt aus der Bundesrepublik Deutschland abgeflossen sind, und wie wird der hinsichtlich dieser Vermögenswerte erhobene Anteil der Einmalzahlung – bezogen auf den Gesamtbetrag der Einmalzahlung – rechnerisch ermittelt?

12. Abgeordnete **Nicolette Kressl** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Kritik der Wirtschaftsverbände, dass sich wegen der umfangreichen und einheitlichen Gliederungsvorgaben der Elektronischen Bilanz der Bürokratieaufwand insbesondere für kleine Kapitalgesellschaften stark erhöht, weil sie gegenüber den bisher auszufüllenden 22 Pflichtfeldern des Handelsgesetzbuchs künftig 190 Pflichtfelder ausfüllen und an die Finanzverwaltung melden müssen?

13. Abgeordnete **Nicolette Kressl** (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Kritik von Vertretern der steuerberatenden Berufe, dass die Neuregelung der strafbefreienden Selbstanzeige nach § 371 der Abgabenordnung im Massengeschäft der Umsatzbesteuerung „völlig realitätsfern“ (DWS Steuern Aktuell, Newsletter 2/2012) ist,

und welche Lösungsansätze der Finanzverwaltung „sind auf dem Weg“ (Rede von Dr. Horst Vinken, Präsident der Bundessteuerberaterkammer, anlässlich des Deutschen Steuerberaterkongresses 2012 am 7. Mai 2012)?

14. Abgeordnete **Ingrid Arndt-Brauer** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Auffassung des Bundesrates, dass die im Rahmen des Gesetzes zum Abbau der kalten Progression beabsichtigten Steuersenkungen der unbedingten Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung widersprechen und im Hinblick auf die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse unverantwortlich sind, an der Steuersenkung festzuhalten?

15. Abgeordnete **Ingrid Arndt-Brauer** (SPD)

Will die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Steuerausfälle der Länder und Gemeinden in Höhe von jährlich ca. 2,3 Mrd. Euro vollständig kompensieren, und wenn ja, wie?

16. Abgeordneter **Lothar Binding (Heidelberg)** (SPD)

Für wie belastbar und verlässlich hält die Bundesregierung die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung angesichts der bestehenden Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere für die Jahre 2014 bis 2016?

17. Abgeordneter **Lothar Binding (Heidelberg)** (SPD)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen eine Kapitalanlagegesellschaft die Rücknahme von Anteilen an Immobilien-Sondervermögen gemäß § 81 des Investmentgesetzes ausgesetzt hat, auch wenn die Bankguthaben und die Erlöse aus dem Anlagevermögen angesichts des – zum Zeitpunkt der Schließung des Fonds – geringen Volumens an Mittelabflüssen zur Zahlung des Rücknahmepreises ausreichten?

18. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung den griechischen Anspruch auf Rückzahlung der von den deutschen und italienischen Besatzungsmächten aufgezwungenen Kredite, die im Unterschied zu Reparationsansprüchen und anderen Kompensationen nicht unter das Londoner Schuldenabkommen von 1953 fallen, und warum wird die Bundesregierung nicht aktiv, um, wie gegenüber Jugoslawien und Polen 1956 bzw. 1971, seine unter der Besatzung aufgezwunge-

nen Kredite an Griechenland zurückzuzahlen, die mittlerweile auf mehrere Dutzend Milliarden angewachsen sind?

19. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Inwiefern ist eine „ungeordnete Staatspleite“, die vom Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, als einzige Alternative zum Kürzungs- und sogenannten Reformkurs beschrieben wurde, im Rahmen der EU-Verträge nicht erlaubt, und inwiefern könnte eine „ungeordnete Staatspleite“ zu einem unfreiwilligen Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone und somit auch aus der EU führen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

20. Abgeordnete **Katrin Kunert** (DIE LINKE.)

Werden bezüglich der Personen, die an der von den Jobcentern durchgeführten freiwilligen Befragung zur Erhebung der Daten zu Merkmalen des Migrationshintergrundes ausdrücklich nicht teilnehmen wollen, dennoch Daten, die den jeweiligen Jobcentern bereits bekannt sind (z. B. Staatsangehörigkeit), an die Statistik der Bundesagentur für Arbeit übermittelt, und wenn ja, weshalb bzw. nach welcher Rechtsgrundlage, oder sind für Nichtteilnehmer tatsächlich keine Angaben zu übermitteln?

21. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie hat sich der Abschluss von Altersteilzeitvereinbarungen gegenüber dem Stand 1. Januar 2009 seit dem 1. Januar 2010 bis heute entwickelt, und welche Art der Vereinbarungen ist gegen Insolvenzen der Arbeitgeber abgesichert?

22. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die tariflichen Grundlagen der seit dem 1. Januar 2010 abgeschlossenen Altersteilzeitvereinbarungen, und wie gliedern diese sich auf in Privatwirtschaft und öffentlichen Dienst?

23. Abgeordnete **Anette Kramme** (SPD)

Sieht die Bundesregierung angesichts der Erfahrungen durch das Insolvenzverfahren der Firma Schlecker die Notwendigkeit, die gegenwärtigen Anforderungen an die Insolvenzsicherungspflicht für die in Aktivphase erworbenen Wertguthaben nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes, die dazu führen, dass in der Freistellungsphase nur 50 Prozent des Entgelts insolvenzgesichert sind, nicht aber auch die Aufstockungsbeträge zu ändern, und wie bewertet die Bundesregierung die Situation, dass das sozialversicherungsrechtliche Altersteilzeitarbeitsverhältnis endet, wenn keine Aufstockungsbeträge oder zusätzlichen Rentenversicherungsbeiträge durch den Insolvenzverwalter gezahlt werden, so dass ein „Störfall“ vorliegt (vgl. das Rundschreiben von GKV-Spitzenverband, Deutsche Rentenversicherung Bund und Bundesagentur für Arbeit vom 2. November 2010)?

24. Abgeordnete **Anette Kramme** (SPD)

Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung anlässlich der Ressortabstimmung über den vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegten Referentenentwurf eines „Gesetzes zur Anerkennung der Lebensleistung in der Rentenversicherung“ gelangt, und plant die Bundesregierung, Ideen aus dem von einer Arbeitsgruppe der CSU entwickelten Alternativkonzept, das die „Zuschussrente“ verwirft, da es „als Einstieg in den Ausstieg aus der leistungsbezogenen Rente abzulehnen (sei)“ (Zitat nach Passauer Neue Presse vom 11. Mai 2011), und stattdessen Zeiten der Kindererziehung und Pflege besser bewerten möchte, in eine Umsetzung einzubeziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

25. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) den im Verhandlungsprozess um die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik eingebrachten Vorschlag von 15 Staaten (u. a. Deutschland), der vorsieht, dass jeder Mitgliedstaat drei Optionen (A, B, C) zur Ausgestaltung der Agrarzahlungen wählen kann, und wie bewertet das BMU jede einzelne dieser drei Optionen gerade auch angesichts der forsa-Umfrage (Mai 2012), nach der zwei Drittel der Bundesbürger die Agrarzahlungen der Europäischen Union an höhere Umwelt- und Tierschutzstandards binden wollen?

26. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die deutlichen Hinweise – z. B. gibt es eine Schätzung, derzufolge im Jahr 2008 in Deutschland an den Kirrstellen insgesamt ca. 125 000 Tonnen Mais bzw. 12,5 kg Mais pro kg dort erlegtem Wildbret ausgebracht wurden, massive Beschwerden von Schäfereien über Schwarzwildschäden auf Grünland infolge von durch Kirrungen angelocktes Schwarzwild, regelmäßige Berichte über große Mengen an Mais, die an Kirrstellen in Tonnen gelagert werden –, dass die Kirrung in einem so großen Maße zu regelmäßiger Wildtierfütterung genutzt bzw. missbraucht wird, dass die bei den Kirrmaßnahmen insgesamt ausgebrachten Energiemengen erheblich zu den stetig steigenden Populationsdichten beim Schwarzwild und damit zu den steigenden Schwarzwildschäden in der Landwirtschaft beitragen, und welche Maßnahmen sind aus Sicht der Bundesregierung dagegen zu ergreifen?

27. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche jagdrechtlichen Schlussfolgerungen sind aus dem hohen Ausmaß an zur Wildtierfütterung missbrauchter Kirrung aus Sicht der Bundesregierung zu ziehen, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang konkret die Forderung nach einer Beschränkung von Kirrmaßnahmen in Bezug auf Häufigkeit, Menge, Art des Futtermittels und Art der Kirreinrichtungen, wie es z. B. die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen umgesetzt haben, die Forderung nach effizienter Kontrolle und Sanktionierung von Zuwiderhandlungen sowie nach einem Kirrverbot für den Fall, dass sich erweist, dass diese Beschränkungen aufgrund kaum möglicher effektiver Kontrollen nicht die nötige Wirkung erzielen?

28. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den Möglichkeiten für die Verhängung nationaler Anbauverbote für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei – auch im Hinblick auf das deutsche Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais MON810 –, und inwieweit wird sich die Bundesregierung für entsprechende Vorschläge von Kommission oder Ratspräsidentschaft einsetzen?

29. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die in der Entschließung des Europaparlaments vom 6. Juli 2011 festgehaltenen Vorschläge zum Vorschlag der Kommission bezüglich nationaler Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflan-

zen – einschließlich der aus Sicht des Europäischen Parlaments notwendigen Verbesserungen der Zulassungsverfahren – in den abschließenden Ratsverhandlungen auch umgesetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

30. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist die Familienbetreuungsorganisation für die Betreuung der Familien von Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz personell ausgestattet, und wie ist das Verhältnis von hauptamtlichem Personal, dessen Schwerpunkt die Familienbetreuung darstellt, zur Anzahl der betreuten Familien?

31. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geht die zur kindergerechten Vermittlung der Tätigkeiten von Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz entwickelte Figur „Karl der Bärenreporter“ auf die Rolle von Soldatinnen im Einsatz ein, und inwiefern ist es nach Ansicht des Bundesministeriums der Verteidigung notwendig, dass auch Soldatinnen ihren Kindern ihre Tätigkeit im Einsatzland mit Hilfe der zur Verfügung gestellten Hilfsmittel vermitteln können?

32. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wann die vom bayerischen Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Marcel Huber, in einem Schreiben vom 15. Mai 2012 zur „Gebietskulisse Windkraft als Umweltplanungshilfe für Kommunen“ angekündigten Erleichterungen, in der Frage von militärischen Tiefflügen und der in diesem Zusammenhang geplanten Anpassung der Nachttiefflugsysteme, wodurch eine Anhebung der Höhe von Bauwerken bis zu einer Höhe von 213 Metern über Grund – vorbehaltlich sonstiger militärischer Belange – ermöglicht wird, rechtskräftig werden, und ob sich diese nur auf Bayern oder auf das ganze Bundesgebiet beziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

33. Abgeordneter **Steffen-Claudio Lemme** (SPD)

Ist es im Rahmen der Regelungen des Bundesfreiwilligendienstes von der Bundesregierung beabsichtigt, dass Wohlfahrtsverbände in ihrer Funktion als Zentralstellen gegenüber den ihnen zugewiesenen Einsatzstellen Verwaltungsgebühren für die Zuweisung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Bundesfreiwilligendienst verlangen, welche zwischen den Verbänden variieren, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, dass die Zentralstellen auf dieser Grundlage zusätzliche Einkünfte erwirtschaften?

34. Abgeordneter **Steffen-Claudio Lemme** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die damit einhergehende Gefahr einer Zweiklassengesellschaft im Bundesfreiwilligendienst zwischen Vereinen und Verbänden, welche die Bearbeitungsgebühren für die Beschäftigung von Dienstleistenden aufbringen können, und solchen, die die notwendige Finanzkraft nicht besitzen, und wie beabsichtigt die Bundesregierung hier gleichwertige Ausgangsbedingungen für alle Vereine und Verbände zu schaffen?

35. Abgeordnete **Katja Dörner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Zahlen beruft sich die Bundesregierung mit ihrer Aussage, „es fehlen noch 130 000 Krippenplätze“ (vgl. DIE WELT vom 16. Mai 2012), um das Ausbauziel von 750 000 Plätzen bis August 2013 zu erreichen, wo doch die aktuellste Kinder- und Jugendhilfestatistik zu Kindern und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege vom Statistischen Bundesamt vom November 2011 mit dem Stichtag 1. März 2011 stammen, und wie viele unter Dreijährige werden nach Erkenntnis der Bundesregierung derzeit in Tageseinrichtungen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut (bitte aufgelistet nach Ländern)?

36. Abgeordnete **Katja Dörner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Finanzmittel plant die Bundesregierung für die Realisierung des angekündigten Zehnpunkteprogramms für den Kita-Ausbau, zusätzlich zu dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ und der Umverteilung der Umsatzsteuerpunkte, für die kommenden Jahre als Ausgaben in den Bundeshaushalt einzustellen?

37. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele Anträge auf Anerkennung als Conterganopfer sowie auch auf Neubewertung der Schadenseingruppierung sind seit Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes bei der Stiftung eingegangen, und wie viele wurden positiv oder negativ entschieden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

38. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung – auch mit Blick auf das Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für Gesundheit, Dr. Klaus Theo Schröder, vom 15. Mai 2008 an die Spitzenverbände der Krankenkassen – in den letzten zwei Jahren unternommen, um die medizinische Versorgung der Contergangeschädigten inklusive der Bereitstellung und Kostenübernahme von Hilfs- und Heilmitteln spürbar zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

39. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis wann und nach welchen Kriterien werden voraussichtlich die Pilotstrecken für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) Straße bzw. die entsprechende Alternative (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 89, Plenarprotokoll 17/177, Anlage 59) benannt?

40. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird sichergestellt, dass die Kriterien im Rahmen dieser Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern vergleichbar und überprüfbar sind?

41. Abgeordnete **Dr. Dagmar Enkelmann** (DIE LINKE.)

Mit welchen Mehrkosten im Zusammenhang mit der verspäteten Eröffnung des Flughafens Berlin Brandenburg rechnet die Bundesregierung, und wer trägt diese Mehrkosten?

42. Abgeordneter **Stephan Kühn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Unterlagen wurden dem Vertreter des Bundes seit Juni 2011 in den Aufsichtsratssitzungen der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg vorgelegt (bitte einzeln auflisten), in denen auf mögliche Verzögerungen und technische Probleme bei der Fertigstellung des neuen Hauptstadtflughafens hingewiesen wurde?

43. Abgeordneter **Stephan Kühn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wurden diese Informationen seitens des Vertreters des Bundes bzw. der Bundesregierung jeweils bewertet, und wie flossen die entsprechenden Schlussfolgerungen in die Entscheidungsfindung des Aufsichtsratsgremiums ein?

44. Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass es durch die geplante Vergabe einer dritten Lizenz für die Bodendienste am neuen Flughafen Berlin Brandenburg, wie die Gewerkschaft ver.di befürchtet, zu einer Unterbietung der mit den bisherigen beiden Betreibern tarifvertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen und Löhne kommen kann, und ist es das Ziel der Bundesregierung, als Anteilseigner der Betreibergesellschaft des Flughafens Berlin Brandenburg eine solche Ausschreibung zum Lohndumping zu verhindern (bitte begründen)?

45. Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die Verhandlungen zur Neuordnung der Bodendienste an europäischen Flughäfen durch die Europäische Union zu einer völligen Liberalisierung der Bodendienstleistungen und damit zu einem Verfall von Löhnen und Arbeitsbedingungen führt, wie von der Gewerkschaft ver.di befürchtet, unter anderem durch die Vorgabe, mehrere Dienstleistungsunternehmen konkurrieren zu lassen, die Möglichkeit zur Unterauftragsvergabe und der rechtlichen Ausgliederung der Bodenverkehrsdienste aus den Flughafengesellschaften, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um dieses zu verhindern (bitte begründen)?

46. Abgeordnete **Bettina Herlitzius** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchem Grund wird der ursprünglich für die 21. Kalenderwoche geplante Kabinettsbeschluss über das Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts (BauGB-Novelle) vertagt, und wann ist dieser nun zu erwarten?

47. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Form hat die Bundesregierung die Zielerfüllung der „Bebauungspläne der Innenentwicklung“ seit ihrer Einführung in das Baugesetzbuch evaluiert, und welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung daraus, insbesondere für Bürgerbeteiligung und Umweltschutz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

48. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den aktuellen Preisverfall bei den Emissionszertifikaten zu stoppen, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Vorschläge des Wissenschaftlichen Beirats zur Einführung einer Steuer auf CO_2-Emissionen?

49. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie lauten die bislang geplanten wesentlichen Merkmale des in der Antwort auf meine Schriftliche Frage 115 auf Bundestagsdrucksache 17/9615 genannten, zur Unterstützung der Arbeitsgruppe der Strahlenschutzkommission initiierten Forschungsvorhabens (bitte insbesondere mit Vorhabensbeschreibung und zu untersuchenden Fragestellungen im Wortlaut, Finanzvolumen und Laufzeit), und wer soll nach bisheriger Planung daran beteiligt sein (bitte jeweils mit Erläuterung der konkreten Rolle)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

50. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beziffert sich der deutsche finanzielle Anteil (bitte genauen Betrag in Euro) an den insgesamt 2,56 Mrd. Euro für das „Rahmenprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich 2012 – 2013“, und aus welchen Quellen (Haushaltstiteln o. Ä.) kommen diese Mittel?

51. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie plant die Bundesregierung die angebliche Einigung vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, und Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, in Deutschland, bis zur Vorlage des bereits im Herbst 2011 vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Auftrag gegebenen Gutachtens zu den Umweltauswirkungen der Fracking-Technologie, keine Bohrungen nach Schiefergas unter Einsatz der Fracking-Technologie zuzulassen (siehe DER SPIEGEL vom 7. Mai 2012), konkret rechtlich umzusetzen, und wird die betroffene Regelung auch für Bohrungen nach Kohleflözgas gelten?

52. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Initiativen plant die Bundesregierung bezüglich der Einrichtung von Kapazitätsmechanismen, nachdem das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Auftrag gegebene Gutachten des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln vorgelegt wurde, und wie sieht der weitere Zeitplan diesbezüglich aus?

53. Abgeordnete **Dorothea Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Position vertritt die Bundesregierung derzeit in den Verhandlungen zur Energieeffizienzrichtlinie in Brüssel, und wie beabsichtigt die Bundesregierung in den kommenden Wochen die Verhandlungen zu beeinflussen?

54. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, von der Ermächtigung nach § 49 Absatz 4 Nummer 8 des Energiewirtschaftsgesetzes durch Rechtsverordnung Anforderungen an die technische und betriebliche Flexibilität neuer Anlagen zur Erzeugung von Energie zu treffen, Gebrauch zu machen?

55. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant oder führt die Bundesregierung Gespräche mit dem niederländischen Finanzministerium in seiner Eigenschaft als Eigentümer der TenneT TSO GmbH, um für eine adäquate und den gesetzlichen Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes entsprechende Finanzausstattung der TenneT TSO GmbH zu werben, und wenn nein, warum nicht?

56. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung die Meldung der „FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND“ vom 14. Mai 2012 bestätigen, wonach der Energieversorger E.ON AG plant, im kommenden Jahr Gaskraftwerke in Bayern und Hessen stillzulegen?

57. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Welche Folgen hätte eine Stilllegung dieser Gaskraftwerke für die Sicherheit der Stromversorgung in Süddeutschland?

58. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung eine gesonderte Umlage zur Haftungsübernahme bei fehlender bzw. verzögerter Netzanbindung von Offshore-Windparks und Leitungsschäden bei Offshore-Windparkanbindungen einführen, wie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 16. Mai 2012 berichtet wurde, und wenn ja, wie wird diese Umlage ausgestaltet (gesonderte Ausweisung auf der Stromrechnung, besondere Ausgleichsregelungen für energieintensive Betriebe)?

59. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Verfahren hat das Bundeskartellamt seit 2005 bezüglich § 20 Absatz 4 Nummer 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen durchgeführt, und mit welchem Ergebnis?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

60. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung die Gesamtkosten Griechenlands für Rüstungsimporte in den Jahren 2009, 2010, 2011 (Ist) und 2012 (Soll) insbesondere aus Frankreich und – ausweislich deutscher Statistiken des Bundesamtes für Wirtschaft und Außenkontrolle – aus Deutschland, einschließlich der Kosten für zweifelhafte Zahlungen wie Schmier- und Bestechungsgelder etwa im Zusammenhang mit verkauften sechs U-Booten 214 (vgl. Handelsblatt vom 12. April 2012), und welche besonderen Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um im Rahmen von europäischen Sparauflagen und Sparappellen und des Internationalen Währungsfonds auf Einsparungen im Bereich des Rüstungsimports im griechischen Haushaltsplan

2012 zu dringen und so zu erreichen, dass der Sozialetat im Haushalt nicht um 9 Prozent = 2 Mrd. Euro gekürzt und die NATO-Beiträge nicht um 50 Prozent auf 60 Mio. Euro sowie der Wehretat nicht plus 18,2 Prozent = 200 Mio. Euro auf 1,3 Mrd. Euro erhöht werden (vgl. DIE ZEIT vom 12. Januar 2012)?

61. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft es zu (vgl. Sonntag aktuell vom 13. Mai 2012), dass die Bundesregierung entgegen ihren bisherigen Erklärungen (Abzug bis Ende 2014) auch nach dem Jahr 2014 800 bis 1 000 Bundeswehrsoldaten – ca. 20 Prozent der heutigen Personalstärke –, einschließlich Spezialkräften, mit Kampfauftrag in Afghanistan belassen will, angeblich auch zum Schutz dort tätiger deutscher Unternehmen, wie die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 15. Mai 2012 mit Präsident Hamid Karsai vertraglich zu vereinbaren beabsichtigt, und teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass vor einer Befassung des Deutschen Bundestages kein solcher Verbleib von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan verbindlich zugesagt werden darf, auch nicht auf dem NATO-Gipfel am 20./21. Mai 2012?

62. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit setzt sich die Bundesregierung auf Ebene der Vereinten Nationen dafür ein, dass die Kosten für das gemeinsame Büro der beiden Sonderberater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Schutzverantwortung, Edward Luck, und für die Verhinderung von Völkermord, Francis Deng, in den regulären Haushalt der Vereinten Nationen überführt werden, und wie unterstützt die Bundesregierung das Büro derzeit finanziell und politisch (bitte Maßnahmen jeweils erläutern)?

63. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit erwägt die Bundesregierung, sich der Initiative des Global Centers for the Responsibility to Protect anzuschließen, nationale Kontaktstellen zur Koordination von Maßnahmen zur Umsetzung der Schutzverantwortung einzurichten, und wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, einen mit dem von der US-Administration initiierten vergleichbaren Beirat zur Verhütung von Massenverbrechen (Mass Atrocity Prevention Board) einzurichten?

64. Abgeordnete
Agnes Brugger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen Initiativen plant die Bundesregierung, an die Kritik des Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Nassir Abdulaziz Al-Nasser, vom 15. Mai 2012 anzuknüpfen, mit der er den Stillstand der Arbeit der United Nations Conference on Disarmament (CD) bemängelte und alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zu stärkeren Anstrengungen für Abrüstung und zur Stärkung der CD aufforderte?

65. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen erwägt bzw. plant die Bundesregierung, um „die Erwartungen auch an deutsche Beiträge zu gemeinsam bereitgestellten NATO-Fähigkeiten für den Fall eines Einsatzes mit den Bestimmungen des Parlamentsbeteiligungsgesetzes in Einklang [zu] bringen“, wie es die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, in ihrer Regierungserklärung vom 10. Mai 2012 zum G8-Gipfel am 18./19. Mai 2012 in Camp David und NATO-Gipfel am 20./21. Mai 2012 in Chicago (www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2012/2012-05-10-merkel.html) ausdrückte, nachdem sie ausführte, dass „[i]n den vergangenen 63 Jahren ... keine Organisation so klar und so zuverlässig für Frieden und Freiheit [stand] wie die Nordatlantische Allianz“, und darauf hinwies, dass man der „Erwartung unserer alliierten Partner ... sicher und verlässlich“ entsprechen müsse, und wie bewertet die Bundesregierung die Forderung des Botschafters Wolfgang Ischinger, dass Beiträge zu multinational bereitgestellten Fähigkeiten, „so sie von der NATO oder der EU angefragt werden, von nationalen Vetos ausgenommen sein“ sollten (www.europesworld.org/NewEnglish/Home_old/Article/tabid/191/ArticleType/ArticleView/ArticleID/21826/LibyacouldbeacatalystforEuropessecuritypolicy.aspx)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

66. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Was folgt konkret daraus, dass die über die Richtlinienkompetenz in der Regierungspolitik verfügende Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Gegensatz zum Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, der Auffassung ist, dass der Islam (und nicht nur die Muslime) zu Deutschland gehört, und damit explizit dem Bundesminister des Innern widerspricht (www.zeit.de/politik/deutschland/2012-05/merkel-islam-friedrich: „Zu sagen, der Islam ge-

hört nicht zu Deutschland, finde ich, ist sicherlich falsch."), etwa in Bezug auf die koalitionsintern umstrittene Frage der künftigen Ressortzuständigkeit für die so genannte Islamkonferenz, und welche der beiden Auffassungen gilt nun als offizielle Haltung der Bundesregierung?

67. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Gebühren für langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige zu senken angesichts des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 26. April 2012 in der Sache Kommission/Niederlande (Rs. C-508/10), in welchem das Gericht die niederländischen Gebühren für Aufenthaltstitel von langfristig Aufenthaltsberechtigten für überhöht und unverhältnismäßig erklärt hat, und wenn nein, bei welcher Gebührenhöhe liegt nach Ansicht der Bundesregierung die Schwelle der Verhältnismäßigkeit, bzw. wie begründet sie die Vereinbarkeit der Gebühren für die Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG mit der Richtlinie 2003/109/EG des Rates (Daueraufenthaltsrichtlinie) vor dem Hintergrund, dass diese Gebühren fast fünfmal so hoch sind wie die Gebühren für einen Personalausweis?

68. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Beabsichtigt die Bundesregierung, angesichts diverser Urteile (EuGH, Urteil vom 17. September 2009, Rs. C-242/06 – Sahin –; EuGH, Urteil vom 29. März 2010, Rs. C 92/07 – Kommission/Niederlande –; Verwaltungsgericht Aachen, Urteil vom 14. März 2012, Az. 8 K 1159/10), die die Gebühren für Aufenthaltstitel von assoziationsrechtsberechtigten türkischen Staatsangehörigen für unvereinbar mit dem Verschlechterungsverbot nach Artikel 13 ARB 1/80 und dem assoziationsrechtlichen Diskriminierungsverbot erklärt haben, diese Gebühren zu senken, und wenn nein, wie reagiert die Bundesregierung auf die Feststellungen zum assoziationsrechtlichen Verschlechterungsverbot, dass erstens nicht nur die Einführung einer Gebühr als solche, sondern auch eine Gebührenerhöhung eine „neue Beschränkung" im Sinne von Artikel 13 ARB 1/80 darstellt und zweitens die von der Bundesregierung als Rechtfertigungsgrund vorgetragene Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung – wenn überhaupt – nur in Höhe der Herstellungskosten des elektronischen Aufenthaltstitels von etwa 30 Euro als Rechtfertigungsgrund gelten kann (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 16 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 17/5884, S. 12)?

69.	Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Plant die Bundesregierung, in Deutschland lebende afghanische Hindus und Sikh nach Afghanistan abzuschieben, und inwiefern hält sie hier einen Flüchtlingsschutz im Sinne eines Abschiebestopps durch die massive, religiös motivierte Diskriminierung und Verfolgung im Sinne der Bestimmungen von § 60 Absatz 1 sowie 7 des Aufenthaltsgesetzes für geboten?
70.	Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)	Haben Universitäten das Recht, im Landesreisekostenrecht neben der „Dienstreise“ und den in § 11 des Bundesreisekostengesetzes genannten „Reisen in besonderen Fällen“ weitere Reisekostenarten wie z. B. die „Zuschussreise“ zu definieren und deren Kostenerstattung eigenmächtig zu regeln?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333